

Wochenblatt

Wilsdruff, Tharandt, Rossen,
Siebenlehn und die Umgegenden.
Amtsblatt

für das Königliche Gerichtsamt Wilsdruff und den Stadtrath daselbst.

N. 90.

Freitag den 17. November

1871.

Tagesgeschichte.

Das k. Ministerium des Innern macht bekannt, daß die für Sachsen bestimmte Summe von 61,036 Thln. an 700 aus Frankreich vertriebene sächsische Staatsangehörige zur Verteilung gelangt ist. In Sachsen allein waren 6—700,000 Thlr. Entschädigungsansprüche angemeldet. Wer also bis dato nichts erhalten hat, kann sich aller ferneren Hoffnungen entschlagen. Die Kopfzahl der aus Frankreich ausgewiesenen Deutschen belief sich auf 42,700, zu deren Entschädigung der Bundesrath 3,866,666 $\frac{2}{3}$ Thlr. bestimmt hatte.

Dem Vernehmen nach wird zum 1. Januar k. Jahres in Dresden eine Ober-Postdirection errichtet werden, da die Ober-Postdirection in Leipzig die bei den gesteigerten Verkehrsverhältnissen zunehmenden postdienstlichen Verwaltungsgeschäfte für das Königreich Sachsen nicht mehr bewältigen kann.

Da sich die Lehrer-Wittwen- und Waisenpension, wie sie zeither in Sachsen gezahlt wurde, als unzureichend herausgestellt hat, so ist von Dresden aus eine Petition um Erhöhung derselben vorbereitet und zu Unterschriftenangabe der sächsischen Lehrerwelt unterbreitet worden. Bis jetzt sind 470 Unterschriften erzielt worden, doch ist die Beilegung noch bis zum 22. Nov. offen gelassen.

In Dresden wird mit Genehmigung des Stadtrathes der Bau einer Pferdeisenbahn jetzt beginnen, welche im Mai künftigen Jahres in Betrieb gesetzt werden soll.

Bekanntlich verunglückte am 1. Juli 1867 in dem die „Neue Fundgrube“ genannten Kohlschachte zu Lugau durch Verschütten die nicht geringe Zahl von 101 Bergleute, deren Rettung trotz der sofort und mit aller Energie ergriffenen Maßregeln nicht zu ermöglichen war, weil selbst die gefahrvollsten Versuche mißglückten und man sich endlich von deren Nutzlosigkeit überzeugen mußte. Bei dem Teufen eines neuen, in unmittelbarer Nähe der genannten Fundgrube belegenen Schachtes, nun wurden während der Nachtschicht vom vergangenen Sonnabend zum Sonntag die Gebeine eines solchen Verunglückten in einer Tiefe von 505 Ellen auf einer Bühne der westlichen Seite in einem Winkel aufgefunden. An dem Gerippe ist weder Haut noch Fleisch zu sehen und außer Schießflutung eines Schneidezahns ein Kennzeichen nicht zu finden. Von der Bekleidung fand man nur den Hut und die Stiefeln, in welchen letzteren noch Ueberreste von den Füßen vorhanden sind.

Aus Glauchau meldet der „Sch. Anz.“, daß sich dort unter der Firma „Steinkohlenwerk Glückauf Thurm“ eine Actiengesellschaft constituirt hat, welche auf einem nach Thurm und Stangenberg nach Glauchau zu gelegenen Steinkohlencomplexe, unter welchem sie das Kohlenabbaurecht erworben, einen Bohrversuch machen will. Die nach den berathenen Statuten auszugebenden 1000 Actien, auf deren jede 30 Thaler einzuzahlen sind, wurden von den Gründern der Gesellschaft sofort gezeichnet.

Baun, 12. November. In dem ohngefähr eine Stunde entfernten Dorfe Sinkwitz ist gestern Mittag $\frac{1}{2}$ Uhr ein zu der daselbst sich befindlichen Pulvermühle des Herrn Berger gehörendes Häuschen in die Luft geflogen. Leider ist bei diesem Unglück auch wieder ein Menschenleben zu beklagen, indem der Techniker, welcher in dem betreffenden Häuschen ein neues Werk aufgestellt und glücklich vollendet hatte, so stark verletzt worden ist, daß er wenige Stunden darauf in großer Besorgniß um die Zukunft seiner Frau und seiner fünf Kinder seinen Geist aufgeben mußte.

Aus Johannegeorgenstadt, 5. November. Unsere Kirchgemeinde erlebte vor kurzer Zeit die angenehme Ueberraschung, daß ihr von einem ungenannt bleiben wollenden edeln Geber 1000 Thlr. zur Beschaffung eines marmornen Altars zur Verfügung gestellt wurden. Die neue städtische Kirche, die im nächsten Jahre zur Vollendung gelangt, erhält dadurch sicherlich eine besondere Zierde. Es gereicht dem Kirchenvorstande zur genüthenden Freude, daß dieser gothische Bau die ungetheilte Anerkennung aller Besucher hat, und dennoch ward er von der Gemeindevertretung resp. einzelnen klugen Leuten a priori verurtheilt und heute noch mit Ungunst be-

trachtet. — Eine Ueberraschung ganz anderer Art traf ebenfalls vor kurzer Zeit die politische Gemeinde, der Bürgermeister hinter Schloß und Riegel! Seit etwa anderthalb Jahren fungirte ein von der Gemeindevertretung verlangter „studirter“ Bürgermeister. Schon nach kürzester Frist war man im Klaren über dieses neuerworbene „conservative“ Element. Nach etwa halbjähriger Thätigkeit desselben lag bereits ein eclatanter Fall arger Vergeßlichkeit vor im Betreff der Ablieferung von eingezogenen der Stadtkasse gehörigen Geldern. Man hatte allgemein Kenntniß von diesem Vorkommniß; dennoch wurde die entsprechende Controlo oder irgendwelche Revision unterlassen, bis endlich ein nicht miszuverstehender Anlaß zu einer Revision trieb und das traurige Factum eines namhaften Deficits darlegte. Nach hiesigem Brauche werden solche Gemeindeangelegenheiten nur von Ohr zu Ohr getragen, da öffentliche Sitzungen der Stadtverordneten kein gebräuchlicher Artikel sind. Ueber das eigentliche Deficit sind also etwa ein bis zwei Dugend Auserwählte unterrichtet, während die übrigen 4000 den Troß bildenden zahlenden Einwohner in großen oder kleinen Vermuthungen sich vorläufig ergeben, bis die öffentliche Gerichtsverhandlung in Eisenack alle Welt und mit dieser auch uns ins Klare setzen wird. Wie man hört, hat die Regierung, um die Gemeinde möglichst schadlos zu halten, das ganz besonders anzuerkennende Arrangement getroffen, daß die Verwaltung längere Zeit durch die zur Zeit amirenden Rathmänner unentgeltlich zu geschähen hat. Die Gemeinde hat aber auch unter „bewandten Umständen“ volle Ursache, Protest zu erheben gegen jeden Pfennig, der etwa für dieses Deficit aufzubringen sein dürfte. Die liberalen Stadterordneten des Vorjahres hatten neben manchem andern auch „Beseitigung des Bürgermeisters“ auf ihre Fahne geschrieben. Sie wurden bekanntlich nicht gewählt. Jedemfalls mißgönnte man ihnen den Ruhm der jetzigen großen Tage unsers Stadtlebens! Vielleicht sind diesem „Conservatismus“ noch mehr Vorbeern vorbehalten. (D. A. 3.)

Die „Volls.-Ztg.“ schreibt aus Berlin: Ueber den Rechenschaftsbericht der Tischlerstrickcommission bringt der „Gewerkverein“ folgende sehr beachtenswerthe Bemerkungen: „Wie es mit den Stricken in der Regel beschlagen ist, wer davon wirklich Nutzen zieht etc., darüber verbreitet der vor Kurzem veröffentlichte Rechenschaftsbericht der Tischlerstrickcommission ein sehr merkwürdiges und lehrreiches Licht. Hiernach haben von den eingegangenen 6906 Thln. die gesammten strickenden Tischler Berlins in 9 Wochen eine Unterstützung von zusammen 4375 Thlr. erhalten, während die Verwaltungskosten sich auf die ungeheure Summe von 1156 Thlr. beliefen. Also mehr als 25 Prozent der gewährten Unterstützungen hat die Verwaltung verzehret, und während 7—8000, nach Angabe der Commission, strickenden Tischler zusammen 4375 Thlr. erhielten, bezog der einzige Cassirer 169 Thlr., der Vorsitzende der Commission 89 Thlr., die 8 besoldeten Commissionsmitglieder 240 Thlr. und außerdem noch 19 Thaler für Arbeitsversammlungen und schriftliche Arbeiten und 60 Thaler für Zehrungskosten bei den Sitzungen; zusammen also erhielten 10 Beamte 577 Thlr., oder beinahe den siebenten Theil der Unterstützung für siebentaufend Strickende. Wir sollten meinen, wenn man so entrüstet gegen die übermäßigen Dotationen der Generale und die Verkürzung der Landwehrleute donnert, wie die Herren Sozialdemokraten, so sollte man doch vor Allem an sich selbst bessernde Hand legen. Angesichts der obigen Zahlen dürften doch manchem bisher verblendeten Arbeiter die Augen aufgehen, insbesondere auch in Betreff der Centralisation, an deren Spitze ja zum Theil dieselben Leute von der Strickcommission stehen, die zwar die Staatshilfe predigen, in der That aber die Selbsthilfe im engsten Sinne des Wortes meisterhaft zu verstehen wissen.“

Berlin. Die Verhandlung des Lasker'schen Antrags über die Aufnahme des gesammten bürgerlichen Rechts in die Reichsgesetzgebung, rief eine lebhafteste Debatte im Reichstag hervor und förderte einige interessante Reden zu Tage. Miquel führte aus, es könne auf die Dauer ohne deutsches Recht auch keinen deutschen Staat geben, und Dr. Friedenthal bewies, der Reichstag müsse